Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MÜLLER: VERFASSUNGSSCHUTZ GLICH EINEM SAUHAUFEN

16.12.2021

- **Schlechte Kommunikation im Landesamt für Verfassungsschutz**
- **Beschäftigte müssen Mindestmaß an Zusammenhängen kennen**
- **Stärkere Fokussierung auf Personen erforderlich**

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=35694

WIESBADEN – Stefan MÜLLER, Obmann der Freien Demokraten im HessischenLandtag im Untersuchungsausschuss zum Mordfall Walter Lübcke, hat die heutige, letzteSitzung des Untersuchungsausschusses im Jahr 2021 zum Anlass für eineZwischenbilanz der bisher gewonnenen Erkenntnisse genommen: „Leider hat sich derEindruck verdichtet, dass das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz in derVergangenheit in vielen Bereichen einem Sauhaufen glich. Bei vielen Zeugenaussagen,gerade auch in dieser Woche, wurde deutlich, dass beim Landesamt erhebliche Defizitebei der Erkenntnis- und Analysefähigkeit bestanden haben. Das wundert nicht, wenn dieVorgabe im Landesamt lautet, dass jeder nur das Nötigste wissen soll. Diese Vorgabewurde ganz offensichtlich übertrieben, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurdenabsichtlich unwissend gehalten. Es ist wichtig, dass die Mitarbeiter mitdenken, und dafürbenötigen sie zumindest grundlegende Kenntnisse in den relevanten Themengebieten“,stellt Müller fest. Es sei deutlich geworden, dass im Landesamt für Verfassungsschutzlange Zeit gar nicht bis wenig kommuniziert wurde. „In begrenztem Rahmen hat esnatürlich Sinn, wenn Sicherheitsbehörden ihre Beschäftigten nur dosiert mit Informationenausstatten. Wenn das aber dazu führt, dass die Bedeutung von Informationen übermögliche Gefährder aus dem rechtsextremen Bereich nicht erkannt wird und Recherchennicht weitergeführt werden, dann ist die Organisationsstruktur schlecht. Man kann nurhoffen, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes unter dem neuen Präsidenten bereits soweit verändert wurde, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Mindestmaßan Zusammenhängen kennen. Das ist unabdingbar.“

Müller bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Forderung nach einer stärker auf Personen fokussierten Arbeit des Verfassungsschutzes und nach Gesamtbildern von Rechtsextremisten: „Der Verfassungsschutz hat es zu jeder Zeit versäumt, ein Gesamtbild der Personen aus der rechten Szene zu erstellen. Das gilt auch für den späteren Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten, Stephan Ernst.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=35694